

Angaben zur Stellungnahme

Thematik:

Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (PRG) "Garantiesitze Biel-Seeland". Vernehmlassungsverfahren

Teilnehmerangaben:

Die Mitte Kanton Bern
Seilerstrasse 8a
3001 Bern

Kontaktangaben:

Staatskanzlei des Kantons Bern
Postgasse 68
3000 Bern 8

E-Mail-Adresse: info.arp@be.ch
Telefon: +41 31 633 75 11

Teilnehmeridentifikation:

107603

Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (PRG) "Garantiesitze Biel-Seeland". Vernehmlassungsverfahren

Auszug der Stellungnahme vom 27. September 2023

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
Allgemeine Bemerkungen	Allgemeine Bemerkungen	<p>Die Mitte Kanton Bern bedankt sich für die Möglichkeit, im Sinne einer Mitwirkung im Vernehmlassungsverfahren Stellung zu beziehen.</p> <p>Für unsere Partei ist die Berücksichtigung einer angemessenen Vertretung der französischsprachigen Bevölkerung unseres Kantons in der gesetzgebenden Behörde unbestritten. Die vorliegende Revision bezieht sich auf die spezielle Situation des zweisprachigen Wahlkreises Biel-Seeland, die französischsprachige Vertretung betrifft aber natürlich insbesondere den Berner Jura, der mit 12 Garantiesitzen im Grossen Rat vertreten ist. Die Mitte könnte sich im Hinblick auf die Veränderung des Kantonsgebietes (Weggang der Stadt Moutier) auch eine umfassendere Betrachtung der Situation vorstellen und fragt sich, ob die Revision nicht auch die Frage der Garantiesitze für den Berner Jura miteinschliessen sollte. Die Mitte Kanton Bern ist darüber hinaus der Meinung, dass die Revision des Gesetzes über die politischen Rechte eine gute Gelegenheit bietet, weitere wichtige Anliegen aufzugreifen. Darunter fallen insbesondere die Fragestellungen rund um die Vorfrankierung der Antwortcouverts für Wahlen und Abstimmungen sowie die Abschaffung des Versands von Wahlwerbung. Dies möchten wir gerne als allgemeine Bemerkung einbringen. Unsere weiteren Rückmeldungen werden in den Artikeln direkt erfassen.</p> <p>Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns bestens. Die Mitte Kanton Bern behält sich vor, andere oder abweichende Anträge während der parlamentarischen Debatte zu stellen.</p>	
Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (PRG)	Art. 64 Abs. 3 (geändert)	gemäss geltendem Recht	Für uns ist fraglich, ob die Anzahl Garantiesitze mit dem Anteil der Französischsprachigen an der deutsch- und französischsprachigen Bevölkerung berechnet werden soll. Bei der vorausgehenden Verteilung der 160 Grossratsmandate auf die Wahlkreise wird gemäss Art. 64 Abs. 1 Bst. b auf die Einwohnerzahl des Wahlkreises abgestützt. Wenn es um die Garantiesitze geht würde innerhalb des Wahlkreises Biel-Seeland mit dem Artikel gemäss Vernehmlassungsentwurf ein anderes Bemessungskriterium verwendet. Für uns die Verteilung der Garantiesitze mit dem Anteil an der Gesamtbevölkerung aufschlussreicher.
Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (PRG)	Art. 88 Abs. 1 (geändert)	gemäss Entwurf Vernehmlassung	Gemäss dem neuen Entwurf können für die Garantiesitze auch die auf anderen Listen gewählten französischsprachige Personen angerechnet werden. Diese Regelung wird ausdrücklich begrüsst.
Vortrag		Keine Antwort	Keine Antwort